

Leipzig.
Verlegt am Sonntag
täglich.
Preis
12 Pf.
Einzelne Nummer
20 Pf.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Inserate
Für die Expedition in
Leipzig zu haben.
Inserationsgebühren
Für die Spaltenzeile 20 Pf.
unter Eingabe 20 Pf.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit»

Telegraphische Depeschen.

Stuttgart, 12. Mai. Die Vermählung des Herzogs Georg von Leuchtenberg mit der Prinzessin Theresia, Tochter des Prinzen Peter von Oldenburg, hat gestern in Gegenwart des Königs und der Königin sowie des Hofes programmäßig stattgefunden.

Baden-Baden, 12. Mai. Ihre Maj. die Kaiserin hat heute Nachmittag 1 1/2 Uhr Baden-Baden verlassen und geht heute Abend 8 Uhr in Koblenz einzutreffen.

Wien, 12. Mai. Meldung der Politischen Correspondenz aus Ragusa: „Die Uebernahme von Spizza seitens Oesterreichs ist gestern feierlich erfolgt; die Truppen rückten ohne jeden Zwischenfall ein. In Sutomore wurden die österreichischen Behörden von dem montenegrinischen Abgesandten im Auftrage des Fürsten Nikita begrüßt. Der Vertreter Montenegro stellt an die versammelte Bevölkerung eine Ansprache, in welcher er dieselbe zur Treue für den neuen Herrscher aufforderte. Sodann erfolgte die formelle Uebernahme unter Ziviorufen. Eine aus Susan eingetroffene Depesche hat, dem Kaiser von Oesterreich die Begrüßung der Freude und unwandelbaren Treue der Bevölkerung auszubringen. Die Ankunft anderer Deputationen zu demselben Zwecke ist angehängt.“

Rom, 12. Mai. In dem heute abgehaltenen Consistorium wurden zu Cardinälen ernannt: Fürstbischof Fürstenberg, die Erzbischöfe Desprez, Haynald, die Bischöfe Santos-Silva, Alimonda, die Professoren Pecci, Herzog-Eber, Vater Newman, der Dominicaner Zigliora, ferner 11 italienische Bischöfe, 2 englische und 2 türkische sowie der Bischof von Cattaro, Forlani; außerdem wurden 6 Bischöfe in Arabien inkardinalisiert. Die neuernannten Cardinäle leisteten den Eid.

Paris, 12. Mai früh. Der Führer der äußersten Linken, Clemenceau, legte in einer gestern stattgefundenen Privatversammlung sein Programm dar und verlangte namentlich Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, die Säkularisation des Unterrichts, die Unterdrückung der Obedienzbriefe, die Reduktion der Militärdienstzeit, die Ausdehnung der Militärdienstpflicht auf die Seminaristen, die Aufhebung der Seminarstipendien, die Trennung von Kirche und Staat und endlich ein auf Einkommensteuer und Freihandel gegründetes Steuer- und Zollsystem. Nach Darlegung des vorstehenden Programms unterzog der Redner die Haltung der Regierung in verschiedenen Fragen einer ausführlichen Kritik und schloß mit der Erklärung, daß es Zeit sei, den Weg einer wahrhaft republikanischen Politik einzuschlagen, damit alle Spaltungen der republikanischen Partei vermieden würden.

Marseille, 11. Mai. Anlaßlich der hier stattgefundenen landwirtschaftlichen Kreisausstellung hielt der Handelsminister eine Rede, in der er auf die seit dem Jahre 1870 zur Durchführung gebrachten Verbesserungen hinwies und namentlich hervorhob, daß die Armee reorganisiert sei, daß die Grenzen geschützt seien und zwar, nicht um das Ausland zu bedrohen, sondern um die Sicherheit des Landes zu vermehren, und daß endlich die Steuern herabgesetzt worden seien. Der Minister schloß mit der Aufforderung zur Erhaltung der Ordnung und des Friedens, die für die Wohlfahrt des Landes unerlässlich seien.

Marseille, 12. Mai. Der Handelsminister Livard erklärte in Erwiderung der Rede des Präsidenten der Handelskammer, daß die Principien des internationalen Handelsverkehrs sich nur auf der Grundlage der Reciprocität verwirklichen ließen.

London, 12. Mai. Die von den Blättern gebrachte Meldung, daß Jakob-Khan die englischen Bedingungen schon angenommen habe und schnell nach Kabul zurückkehre, um dieselben dort zu unterzeichnen, ist verfrüht. Die Annahme ist allerdings vorauszusetzen, die Verhandlungen aber haben erst am Samstag begonnen. (Köln. Z.)

London, 12. Mai. Der Times wird aus Candahar von gestern telegraphirt: „Major Cavagnari überreichte Jakob-Khan ein an den Emir von Kabul adressirtes Schreiben des Vizekönigs, durch welches Jakob-Khan als factischer Herrscher von Afghanistan anerkannt wird.“

Die Zoll- und Steuergesetze im Deutschen Reichstage.

Berlin, 12. Mai. Am Bundesrathstisch: Präsident des Reichskanzleramtes Staatsminister Hofmann, königlich preussischer Finanzminister Hohrecht, Com-

missionen zum Bundesrath königlich preussischer Geh. Regierungsrath Burghart, königlich preussischer Provinzialsteuerdirector Schomer.

Präsident Dr. v. Jordan bed eröffnete die spärlich besuchte Sitzung um 11 Uhr 35 Min.

Das Haus setzt die erste Berathung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Besteuerung des Tabaks sowie des Gesetzes betreffend die Erhebung einer Nachsteuer vom Tabak und von Tabakfabrikaten fort.

Abg. v. Schmid-Württemberg: Meine Herren! Ich möchte glauben, daß die am letzten Sonnabend gehaltenen Reden der beiden Herren Abgeordneten aus Baden (Hrn. v. Marschall und Kieser) deutlich anzeigen, wie schwer es ist, in einer so großen Interessensfrage der Versuchung zu widerstehen, einen mehr einseitigen Gesichtspunkt zu stark zu betonen. Dabei anerkenne ich ausdrücklich, daß die betreffenden Herren an sich legitime Interessen, vornehmlich des Tabakbauers, vertreten haben und vertreten mußten. Aber auf der andern Seite steht so viel fest, daß mit der besondern Betonung und Hervorhebung eines mehr einseitigen Interessensstandpunktes das schwere Problem der Reichssteuerreform nicht gelöst werden kann; denn es müssen die hier sich allerdings vielfältig und stark durchkreuzenden Interessen des Reichsfiskus und der Tabakbranche, einschließlich des Tabakbauers und insbesondere auch der Consumenten, ihre richtige Vermittelung versuchen, und es muß diese richtige Vermittelung gefunden werden. Meine Herren! Wenn ich mir die Reden der beiden Herren Abgeordneten aus Baden nach ihrem Total-eindruck vergegenwärtige, bleibt für mich, und es scheint auch bei andern Collegen der Fall zu sein, unwillkürlich die Frage übrig, wo bleibt denn das Geld, wenn eine so große und allseitige Abschwächung der Besteuerung in allen wichtigen Theilen sich vollziehen sollte? (Sehr richtig!) Auf diesen Standpunkt werden wir uns wol kaum stellen wollen, wenn wir, wie gesagt, das Problem der Ausgleichung aller beteiligten Interessen eben lösen wollen. So viel, meine Herren, steht fest, daß die Tabakbranche, welche einen jährlichen Verbrauch von nahezu 1 1/2 Mill. Ctrn. umfaßt, mit einem Verkaufswerte von 225-268 Mill., daß diese Branche an und für sich geeignet ist, wie kein anderer Artikel und kein anderes Steuerobject, das Hauptziel der Steuer- und damit auch der Finanzreform im Reiche und den einzelnen Bundesstaaten zu effectivieren. (Hört, hört!) Daneben kommt in Betracht die weitere Rücksicht, daß eine solche Abschwächung der Besteuerung, die in unser indirectes Reichssteuerwesen gebracht werden muß. Denn was sollen wir sagen, wenn aus dem Tabak bis jetzt rund um 14 Mill. erobren worden sind, während aus der Salzsteuer das Dritthalbfache, 35 Mill., und aus dem Rübenzucker das mehr als Dreifache mit 45 Mill. eingezogen worden ist? Meine Herren! Es ist diese relative Gleichheit auch als ein Postulat der ausgleichenden Gerechtigkeit der Steuerquellen in anderer Weise herzustellen. Vom Standpunkte der beiden badischen Abgeordneten aus würde dieses Ziel in keiner Weise erreicht werden, und ich möchte der Meinung sein, daß diese Herren mit der Ansicht, welche sie verfolgen, schließlich den Interessen, welche sie vornehmlich zu vertreten glauben, keinen besondern Dienst leisten würden; denn, soll die Frage überhaupt in absehbarer Zeit gelöst werden, so muß sie sich eben in einer richtigen Ausgleichung dieser nach allen Seiten engagirten grosten Interessen vollziehen, sonst kehrt sie wieder; sie erneuert sich unter dem Druck und der Macht der Umstände, das scheint mir ganz sicher zu sein.

Meine Herren! Ich bin in der Lage, mit dem Hrn. Abg. Kieser noch eine besondere Auseinandersetzung zu haben. Wenn derselbe nämlich andeuten zu müssen geglaubt hat, daß sich das Verhältniß und die Stellung der einzelnen Regierungen und wol folglich auch der einzelnen Abgeordneten in dieser Frage nach dem Umfange des Tabakbauers und der Tabakbranche in den einzelnen Bundesstaaten richte, und hierbei ausdrücklich Bezug genommen hat auf das Verhältniß zwischen Württemberg und Baden, so möchte ich doch glauben, daß es wol rüthiger gewesen wäre, wenn der Herr Abgeordnete das freundschaftliche Verhältniß zwischen Württemberg und Baden nicht mit diesem Tone zum Ausdruck gebracht hätte. Hierbei muß ich aber eigens constatiren, wie man auch in Württemberg diese Frage nicht unter dem specifisch schwäbischen Interessensstandpunkte auffaßt, sondern daß man auch dort unter dem weiten deutschen Gesichtskreise diese Frage zu erfassen wenigstens ehe sich besetzt hat. (Beifall.) Meine Herren! Welches ist nun dieser weitere deutsche Gesichtskreis? Der Hr. Abg. Kieser hat geglaubt, er müsse den Geist Mathy's citiren, um gewissermaßen einen Zeugen gegen das Monopol finden zu können. Es ist nun aber so viel richtig und scheint mir nach der objectiven Lage der Dinge kaum bestritten werden zu können, daß, wer schon 1860-70 mit Rücksicht auf die Finanzlage sich für das Monopol erklärt hat, unter dem Drucke der jetzigen Finanzlage des Reiches und der Einzelstaaten eigentlich dreimal mehr Gründe hätte, sich dafür zu erklären.

Meine Herren! Das scheint mir die richtige Diagnose zu sein, wobei ich die bessere Kenntniß der Individualität allerdings Hrn. Kieser zuerkennen muß. Glauben Sie aber nicht, daß ich heute ein Plaidoyer halten werde für das Monopol; ich kenne und schätze dessen Vorzüge, aber es sind mir auch die Hindernisse wohl bekannt, welche der Einführung und Durchföhrung des Monopols zur Zeit wenigstens mit allem Schwergewicht entgegenstehen. (Zuruf.) Ja, die Reichstagsmehrheit oder vielmehr die Stimmung derselben ist, wie ich dem Abg. Hr. Offenburger zugestehen, das Haupthinderniß dabei; dann kommt aber noch etwas Wesentliches dazu, nämlich daß dasjenige statistische Material, welches ich als unerlässliche Vorbedingung der Inangriff-

nahme dieser wichtigen Frage ansehen würde, durch die Enquete nicht in dem Umfange geliefert worden ist, wie es hätte geliefert werden müssen und wie es auch geliefert worden wäre, wenn derjenige Gesetzentwurf angenommen worden wäre, der damals von dieser rechten Seite des Hauses vorgelegt worden ist. Damit aber, meine Herren, daß Sie den Zwang in Absicht auf die Enquete vollkommen ausgeschloffen haben, haben Sie die Enquete verhindert, dasjenige Material zu liefern, welches absolute Vorbedingung zur vollständigen Kenntniß des Umfanges der Tabakindustrie und des Tabakbauers bildet. Demnach ist aber, meine Herren, möchte ich noch der Meinung sein, und es stimmen hier viele meiner politischen Freunde mit mir überein, daß die Zeit, wo man bestrebt ist, der deutschen Industrie in allen ihren Theilen einen höhern Aufschwung zu verschaffen, logisch und praktisch nicht dazu angethan ist, bezüglich derjenigen Industrie, welche im Deutschen Reiche vornehmlich blüht, gewissermaßen die Aufhebung zu decretiren. Meine Herren! Wir sind objectiv genug, um das anzuerkennen; ich muß aber hier ausdrücklich constatiren, daß ein größerer Theil meiner politischen Freunde überhaupt principieel Gegner des Monopols sind; immerhin aber wird sich die Frage, wieviel aus dem Tabak zu ziehen ist, nach der Tragfähigkeit des Artikels und vornehmlich auch nach dem Umfange der finanziellen Bedürfnisse des Reiches zu bestimmen haben.

Ueber die Tragfähigkeit des Artikels habe ich schon vorher die meines Erachtens maßgebenden Gesichtspunkte angegeben. Nun gestatten Sie mir noch den finanziellen Umfang des Bedürfnisses für das Reich und die Einzelstaaten von einem weitem und neuen Gesichtspunkte darzulegen, gewissermaßen zur Ergänzung dessen, was bis jetzt vorgebracht worden ist. Meine Herren! Während man im Jahre 1872 noch im Deutschen Reiche im ordentlichen Ausgabebudget nur 300 Mill. hatte, so hat sich inzwischen das ordentliche Ausgabebudget um mehr als 100 Mill. gesteigert. Die Einnahmen aber gingen nicht pari passu, sondern sind nur um rund 30 Mill. gestiegen. Dazu kommt aber wesentlich, daß die Bedürfnisse des Reiches nicht etwa bloß transitorischer Art sind, sondern nach der Zwöckerstellung derselben mehr bleibender Art zu sein scheinen. Deshalb ist es denn auch gekommen, daß die Staatsoberstruction schon seit mehreren Jahren eine ziemlich künstliche war, daß es nur möglich wurde, das Gleichgewicht bei wesentlich gleich hohen Matricularbeiträgen dadurch zu erhalten, daß man außerordentliche Mittel und Ueberbrüsse zur Verfügung hatte. Meine Herren! Diese Methode ist jetzt am Ende angekommen, weil jetzt fast alle die Lücken geleast sind, die früher zur Verfügung waren. Deshalb ist in der letzten Session das Bedürfniß hervorgetreten und die Hoffnung, daß wir nur dadurch in normale finanzielle Verhältnisse wieder hineinkommen, wenn eine große Steuer- und Finanzreform im Deutschen Reiche sich vollzieht. Nun ist es ja aber richtig, daß das Reich an und für sich ein Deficit nicht haben kann. Allein es ist wahr das Wort des Fürsten Bismarck, welches er in seiner großen Eingangsrede ausgesprochen hat, daß die Finanzen des Reiches in einem organischen Zusammenhange mit den Landesfinanzen stehen und umgekehrt, und nicht nur in der Richtung, daß die Einzelstaaten das Deficit durch Matricularbeiträge zu tragen haben, sondern vornehmlich auch in der Richtung, daß das Steuergebiet der Einzelstaaten dadurch, daß das Reich das große Gebiet der indirecten Steuern fast ganz an sich gezogen hat, wesentlich eingeschränkt ist. Die Einzelstaaten sind gehindert in der Ausbeutung derjenigen Steuerquellen, welche ihnen sonst und früher zur Verfügung gestanden hätten.

Meine Herren! Das ist die tiefere Ursache, aus welcher sich die Schwierigkeit der Finanzlage in den Einzelstaaten erklärt. Man hat gefragt, warum werden in dieser Beziehung nicht bestimmte und positive Ziffern gegeben? Man kann im allgemeinen sagen, daß das Deficit, das offene und vielleicht auch latente Deficit in den einzelnen Bundesstaaten, in jedem derselben mindestens die Summe der Matricularbeiträge beträgt. Ich bin in der Lage, Ihnen in Absicht Württembergs ganz bestimmte und genaue Ziffern anzugeben. Ich thue das nicht, weil ich glaube, daß die Finanzlage Württembergs ein entscheidender Factor sein könnte für die Bestimmung der Steuerreform im Deutschen Reiche und für Ihre Schlusentscheidung, sondern ich glaube es deshalb thun zu müssen, weil sich in dieser Finanzlage Württembergs gewissermaßen die Finanzlage aller übrigen deutschen Bundesstaaten widerspiegelt. Meine Herren! Wie verhält es sich nun in Württemberg? Das Ausgabebudget ist vom Jahre 1850-1878/79 gestiegen um rund 11 1/2 Mill. Die vornehmlichen Factoren dabei sind die Matricularbeiträge, die Ausgaben für die Eisenbahnen und den Cultusetat. Meine Herren! Die Einnahmen aber haben sich entfernt nicht in diesem Betrage vermehrt, sondern sind um viele Millionen dagegen zurückgeblieben, und zwar in dem Maße, daß das dermalige Deficit — diese Ziffer können Sie als eine sichere annehmen — rund 15 1/2 Mill. beträgt, also im wesentlichen ziemlich genau die Summe der Matricularbeiträge.

Wie verhält es sich nun mit der Möglichkeit, dieses Deficit durch Steuern zu decken? Hier muß ich Ihnen nun erklären, daß die directen Steuern bei uns aus Grund und Boden, Gebäuden, Gewerken und aus Dienst- und Kapitaleinkommen für den Staat die Summe von 12 Mill. M., für die Gemeinden aber — und das bitte ich Sie ins Auge zu fassen auch für die andern Staaten, indem Sie motus mutandis die Ziffer gütigst übertragen wollen — rund 13 Mill. betragen, also 2 Proc. fast mehr als für den Staat. Meine Herren! Diese Ziffern sind meines Erachtens maßgebend nicht etwa bloß für die württembergischen Verhältnisse, sondern im wesentlichen auch für die andern deutschen Bundesstaaten. Es ist also eine Unmöglichkeit, möchte ich sagen, die directen Steuern noch zu steigern, und es wird schließlich nichts anderes übrigbleiben, als daß das Deficit in den einzelnen Bundesstaaten bestritten

einzelnen
Reizend
Hast und
Berliner
lungen in
leinsten
geben hat.
Das
mer mehr
auf welche
em Remn-
entlich auf
st, welche
oben Ber-
arischen
acht und
hätten der
mindestens
um, deren
ndustrie
gebracht.
wesentlich
ste Aus-
reussischen,
berbesserte
auptgewinn
ffico per
t. Juni.
R. 450.
" 750.
" 225.
" 300.
" 150.
" 150.
" 250.
" 270.
" 375.
kannt ist,
ertheilen.
traße,
e.
te etc.
tsbuch
[1100]
20 Pf.
straße 26 an
che im Unter-
per selbst
oder in einer
met im Ein-
gangsgründen
gen. Officier
arbeiten unter
Park, Lon-
[1094]
ichten.
der Hermann
Marie Bach
ward Fraule
Michael in
antelmann
Fel. Marthe
Dr. Robert
Emma Faltt
rommer in
ne Gaan. —
ei Goldbig mit
Karl August
Anna Rog
rethlein in
Th. Man
— Hrn. Mar
hn. — Hrn.
a Leipzig ein
se in Leipz
eb in Dree
Reichsmar
lehrer Robert
Telegraphen-
Kottbus.
in Leipz